

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	17
A. Problemstellung und Zielsetzung der Arbeit	17
I. Inhalt der Auslieferung	17
II. Problemskizze	19
B. Begrenzungen	20
C. Gang der Darstellung	21
1. Teil:	
Die Person des F. von Martitz	23
1. Abschnitt: Sein Leben	23
A. Die Zeit bis zum Abschluß des Studiums	23
B. Die Lehrtätigkeit	24
C. Weitere Lebensdaten	27
2. Abschnitt: Sein Wirken	28
A. Deutsches Privatrecht als Ausgangspunkt	28
B. Der Übergang zum öffentlichen Recht	28
C. Die Bevorzugung des Völkerrechts	29
D. Allgemeines zu seinen Veröffentlichungen und seinen Studenten	30
3. Abschnitt: Ergebnis zum 1. Teil	31
2. Teil:	
Grundlagen, Inhalt und Voraussetzungen der Auslieferung	33
1. Abschnitt: Erläuterung der Auslieferung	33
A. Geschichtliche Entwicklung der Auslieferung	33
B. Definition der Auslieferung	35
C. Abgrenzung zur Ausweisung und zum Asyl	36

I. Die Ausweisung	37
II. Das völkerrechtliche Asyl	39
D. Auslieferungspflicht oder Auslieferungsfreiheit	41
I. Die Auslieferungspflicht in Lehre und Praxis	42
II. Die Auslieferungsfreiheit	43
III. F. von Martitz und die Ansicht von der Auslieferungsfreiheit	45
E. Auslieferung als Akt der Rechtspflege oder Rechtshilfe	45
I. Auslieferung – ein Akt der Rechtspflege	46
II. Auslieferung – nach F. von Martitz ein Akt der Rechtshilfe	47
III. Widerstreit der verschiedenen Ansichten	48
F. Ergebnis zum 2. Teil, 1. Abschnitt	48
2. Abschnitt: Prinzipien der Bestrafung von Auslandsverbrechen	49
A. Territorialitätsprinzip	49
I. Das Territorialitätsprinzip und die Ausformungen des Prinzips in der Praxis	49
II. F. von Martitz und das Territorialitätsprinzip	52
B. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege	54
C. Personalitätsprinzip	54
I. Die verschiedenen Angriffsrichtungen	55
II. Einwendungen gegen das Personalitätsprinzip	57
III. Anwendbarkeit des Personalitätsprinzips	58
D. Realprinzip	59
I. Inhalt und Sinn des Realprinzips	59
II. Einwendungen gegen das Realprinzip	60
III. Das natürliche Strafrecht	61
E. Prinzip der Weltrechtsordnung – F. von Martitz als Verfechter dieser Anschauung	62
I. Die weite Version – vertreten von F. von Martitz	62
II. Die enge Ausformung	64
III. Die vermittelnde Variante	65
IV. Einwendungen gegen das Prinzip der Weltrechtsordnung	66
F. Ergebnis zum 2. Teil, 2. Abschnitt	67
3. Abschnitt: Konkurrenz mehrerer Strafanprüche und ihre Auswirkung auf die Auslieferung – Lösung, nach F. von Martitz, mit Hilfe einer Analogie zum innerstaatlichen Prozeßrecht	68
A. Konkurrenz zweier Strafanprüche wegen ein und desselben Delikts	68
B. Konkurrenz dreier Strafanprüche wegen derselben Tat	69
I. Gleichrangigkeit aller drei <i>fora</i>	69
II. Subsidiarität der Abstrafungskompetenz des Zufluchtstaates	70
III. Vorrang (so auch F. von Martitz) oder Gleichrang von Tatort- und Heimatgericht	71

1.) Absoluter Vorrang	71
2.) Relativer Vorrang	73
C. Konkurrenz bei vier einander gegenüber stehenden Strafanträgen wegen derselben Tat	74
D. Konkurrenz bei Auslieferungsgesuchen wegen verschiedener Taten	75
I. Konkurrenz zwischen ersuchtem und ersuchenden Staat	76
II. Beteiligung von mehr als zwei Staaten	77
E. Hinzuziehung des Heimatstaates bei Auslieferung eines fremden Staatsangehörigen	79
I. Verpflichtung zur Einholung der Zustimmung des Heimatstaates	79
II. Notifikation an den Heimatstaat	80
III. Auslieferung auch ohne Information des Heimatstaates	82
F. Ergebnis zum 2. Teil, 3. Abschnitt	82
4. Abschnitt: Die zwischenstaatlichen Regelungen zur Auslieferung	83
A. Überblick über die Auslieferungsverträge	84
B. Abschlußkompetenz, staatsrechtliche Verbindlichkeit und zeitliche Gültigkeit der Verträge	85
C. Inhalt der Auslieferungsverträge	88
I. Die Auslieferungsdelikte	88
1.) Abgrenzung der Auslieferungsdelikte von den Nichtauslieferungsdelikten	88
2.) Die von der Auslieferung ausgeschlossenen Delikte ohne Berücksichtigung der politischen Taten	90
3.) Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	91
4.) Miterfassung von Versuch und Teilnahme	92
II. Reziprozität der Auslieferung	94
III. Prinzip der identischen Norm	95
1.) Strafbarkeit nach dem Recht des ersuchenden Staates	95
2.) Strafbarkeit nach dem Recht des ersuchten Staates	96
3.) Strafbarkeit nach dem Recht beider Staaten	97
4.) Staaten mit mehreren Strafrechten	99
IV. Grundsatz der Spezialität	99
V. Sonstige Voraussetzungen	103
D. Auslieferung ohne Vertrag bzw. über einen bestehenden Vertrag hinaus	103
I. Auslieferung ohne Vertrag	103
II. Die Auslieferung über einen bestehenden Vertrag hinaus	106
1.) Erweiterte Auslieferungsmöglichkeit	106
2.) Limitativer Charakter der Auslieferungsverträge	107
3.) Würdigung der verschiedenen Ansichten	108
E. Rückwirkung der Auslieferungsverträge	109
F. Änderung der materiellen Strafgesetze in Bezug auf die Auslieferung – nach F. von Martitz von Bedeutung	111

I. Änderung der materiellen Strafgesetze durch die Legislative	111
II. Änderung des Charakters des strafbaren Delikts durch Entschuldigungen oder mildernde Umstände	113
G. Ergebnis zum 2. Teil, 4. Abschnitt	113
5. Abschnitt: Die innerstaatlichen Regelungen zur Auslieferung	114
A. Allgemeines über Auslieferungsgesetze	114
B. Gesetze mit Deliktskatalogen nach der Enumerationsmethode	116
I. Das belgische Auslieferungsgesetz von 1833	116
1.) Die Situation in der Theorie vor Erlass des belgischen Auslieferungsgesetzes	117
2.) Hintergrund für den Erlass des belgischen Auslieferungs- gesetzes von 1833	118
3.) Die Auslieferungsdelikte	119
4.) Ein Vollmachtgesetz	120
5.) Einhaltung des Grundsatzes der Spezialität und der Reziprozität	120
II. Die Modifikationen des Gesetzes	121
III. Weitere der Enumerationsmethode folgende Gesetze	123
C. Die der Eliminationsmethode folgenden Gesetzesentwürfe	
– Bevorzugung durch F. von Martitz	125
D. Gesetzesvorschläge im Deutschen Reich	126
I. Das Scheitern der Vorschläge	126
II. Begründung des Scheiterns der Vorschläge in Frankreich und dem Deutschen Reich durch F. von Martitz	127
E. Ergebnis zum 2. Teil, 5. Abschnitt	128
6. Abschnitt: Ergebnis zum 2. Teil	129
 3. Teil: Die Ausnahmen von der Auslieferung	131
1. Abschnitt: Die Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger	131
A. Annahme des Prinzips der Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger	133
I. Die Betrachtung als »alt hergebrachtes« Prinzip	133
II. Die Betrachtung des Prinzips als »Neuschöpfung«	135
III. Basis des Prinzips der Nichtauslieferung eigener Staats- angehöriger	137
1.) Gesetzliche Verankerung des Prinzips	137
2.) Begründung des Prinzips	139
3.) Verpflichtung zur Abstrafung im Inland	141

B. Ablehnung des Prinzips der Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger	143
I. Geschichtliche Entwicklung der Ablehnungshaltung	144
II. Begründung der Ablehnungshaltung	145
III. Vertragliche Situation im britisch-amerikanischen Rechtskreis	148
C. Würdigung des Prinzips der Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger – insbesondere durch F. von Martitz	150
D. Zeitpunkt der Staatsangehörigkeit	153
E. Ergebnis zum 3 Teil, 1. Abschnitt	154
2. Abschnitt: Die Nichtauslieferung wegen Verjährung der Tat, erfolgter Aburteilung, Straflosigkeit oder bereits eingeleiteter Untersuchung	155
A. Ausnahme der Verjährung	155
I. Die Verjährung nach dem Recht des ersuchenden Staates	155
II. Die Verjährung nach der Gesetzgebung des ersuchten Staates	156
1.) Berücksichtigung ausschließlich des Rechtes des ersuchenden Staates	156
2.) Berücksichtigung des Rechtes des ersuchten Staates – so auch F. von Martitz	157
3.) Betrachtung der Haltung des F. von Martitz	158
III. Verjährungsfrist und Verjährungsunterbrechung	159
IV. Die Rechtsfolge der Verjährung	160
B. Die Ausnahme wegen erfolgter Aburteilung, Straflosigkeit oder bereits eingeleiteter Untersuchung	161
I. Die erfolgte Aburteilung	161
II. Der Freispruch	162
III. Anhängigkeit einer Untersuchung im Zufluchtstaat	163
C. Ergebnis zum 3. Teil, 2. Abschnitt	164
3. Abschnitt: Die Nichtauslieferung wegen der Verübung politischer Delikte	164
A. Geschichtliche Entwicklung des Prinzips	166
I. Ursprüngliches Prinzip: Auslieferung auch wegen politischer Delikte	166
II. Entwicklung in Doktrin und Lehre	167
III. Entwicklung in der Praxis	168
B. Das »absolut« politische Delikt	172
I. Die Begriffsbestimmung in der Lehre	173
1.) Die subjektiven Theorien	174
2.) Die objektive Theorie	175
3.) Beurteilung nach den äußeren Verhältnissen	177
II. Die Herleitung des Begriffes des »politischen« Delikts aus dem belgischen Gesetz von 1833 nach F. von Martitz	177

1.) Anhaltspunkte für die Herleitung	178
2.) Herleitungsergebnis	179
III. Der Begriff des »absolut« politischen Delikts in den Auslieferungsverträgen	180
IV. Einschränkende Tendenzen des Asyls wegen politischer Delikte	182
V. Würdigung der verschiedenen Theorien – u.a. nach F. von Martitz	183
VI. Die Rechtsfolge der »absolut« politischen Delikte	184
C. Die »relativ-politischen« Delikte	185
I. Die mit einem politischen Delikt »konnexen« Delikte	185
1.) Begriff der Konnexität	185
2.) Abkehr vom Begriff der Konnexität durch die Praxis	187
3.) Beibehaltung des Begriffs der Konnexität	189
II. Die »komplexen« Delikte	189
1.) Begriff der Komplexität	189
2.) Einschränkungen der Asylwürdigkeit bei »komplexen« Delikten	191
III. Die Rechtsfolge der »relativ-politischen« Delikte	192
IV. Der Begriff des »relativ-politischen« Delikts	193
1.) Einführung des Begriffs durch Lammash	194
2.) Ablehnung des Begriffs – insbesondere durch F. von Martitz	196
3.) Bedeutung der Begriffsschöpfung	197
D. Gründe des Prinzips der Nichtauslieferung wegen politischer Delikte	197
I. Die vorgebrachten Argumente	198
II. Kritische Betrachtung verschiedener Argumente	201
E. Ausnahme von der Nichtauslieferung wegen politischer Delikte – die belgische Attentatsklausel	203
I. Hintergrund der Attentatsklausel	203
II. Inhalt der Attentatsklausel	204
1.) Die von der Klausel erfaßten Delikte	206
2.) Die von der Klausel erfaßten Personen	207
3.) Die in der Klausel genannten Delikte als gemeine oder politische Delikte – F. von Martitz als Vertreter der zweiten Ansicht	208
III. Kritik der Klausel durch die Lehre	210
IV. Rezeption der belgischen Klausel	212
1.) Die Befürworter im europäischen Raum	212
2.) Die Befürworter im außereuropäischen Raum	214
V. Die Gegner der Attentatsklausel	216
1.) Die Rechtslage im britisch-amerikanischen Rechtskreis	216

2.) Gegner auf kontinentaleuropäischem Gebiet	219
VI. Die Folgen der verschiedenen Ansichten	221
F. Russischer Versuch zur Ächtung des politischen Mordes	222
G. Eine weitere Ausnahme – die Anarchistenklausel	223
H. Ergebnis zum 3. Teil, 3. Abschnitt	224
4. Abschnitt: Ergebnis zum 3. Teil	225
Ausblick:	
Die Idee eines Weltauslieferungsvertrages – insbesondere durch	
F. von Martitz	227
Fazit:	229
Literaturverzeichnis	233
A. Zeitgenössische Literatur	233
B. Aktuellere Literatur	241
C. Unveröffentlichte Materialien	244
Anhang:	
Die nicht verarbeiteten Werke des F. von Martitz	246